



Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung

65. Sitzung (öffentlich)

18. November 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

09:30 Uhr bis 12:30 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)	6
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/11100 Drucksache 17/11800 (1. Ergänzung) Drucksache 17/11850 (2. Ergänzung)	
	Vorlage 17/3969 (Erläuterungsband) Vorlage 17/4014 (Einführungsbericht) Vorlage 17/4171	
	– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen	
	– Wortbeiträge	

Alle in dieser Sitzung gestellten Änderungsanträge einschließlich ihrer Begründungen sowie das jeweilige Abstimmungsverhalten der Fraktionen sind Vorlage 17/4260 zu entnehmen.

Alle vorliegenden Änderungsanträge werden vom Ausschuss abgelehnt.

Im Anschluss an die Abstimmung über die Änderungsanträge nimmt der Ausschuss den Einzelplan 14 in seinem Zuständigkeitsbereich in unveränderter Fassung mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, GRÜNEN und AfD an.

- | | | |
|----------|---|-----------|
| 2 | Auswirkungen von Corona auf die Unternehmen in NRW | 11 |
| | – mündlicher Bericht der Landesregierung | |
| | – Wortbeiträge | |
| 3 | Umsetzungen der Empfehlungen der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung | 23 |
| | – mündlicher Bericht der Landesregierung | |
| 4 | Entwurf einer neuen Leitentscheidung: Neue Perspektiven für das Rheinische Braunkohlenrevier | 24 |
| | Vorlage 17/3990 | |
| | – keine Wortbeiträge | |
| | Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, am 15. Dezember 2020, um 13:30 Uhr eine Anhörung durchzuführen. | |
| 5 | Arbeit und Fortschritt durch das Elektromobilitätscluster Aachen/Düren | 25 |
| | Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/11679 | |
| | – keine Wortbeiträge | |
| | Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. | |

6 Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen, des Landesforstgesetzes und des Verwaltungsverfahrensgesetzes 26

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11624

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, am 13. Januar 2021 um 9:30 Uhr eine Anhörung durchzuführen.

7 Urananreicherung in NRW beenden, illegale Urantransporte stoppen! 27

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/11616

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, am 24. Februar 2021 um 13:30 Uhr eine Anhörung durchzuführen.

8 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten und zur Übertragung von Verordnungsermächtigungen auf dem Gebiet des Bergrechts 28

Vorlage 17/4064

– Wortbeiträge

Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung wurde gehört. Es besteht Einvernehmen, dass der Unterausschuss Bergbausicherheit nicht mehr mit der Verordnung befasst wird.

9 Schlachthöfe in NRW werden zu Corona-Brennpunkten – Schluss jetzt mit der Ausbeutung der Beschäftigten in der Fleischindustrie! 29

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/9362

Ausschussprotokoll 17/1130 (Anhörung vom 23.09.2020)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

10 Wasserstoff-Roadmap der Landesregierung (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage]*) **30**

Vorlage 17/4221

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag des Vorsitzenden einvernehmlich überein, in der Sitzung am 9. Dezember 2020, 13:30 Uhr, schwerpunktmäßig über die Wasserstoff-Roadmap zu diskutieren und gegebenenfalls Experten hinzuzuziehen.

11 Verschiedenes **42**

– keine Wortbeiträge

* * *

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11100
Drucksache 17/11800 (1. Ergänzung)
Drucksache 17/11850 (2. Ergänzung)

Vorlage 17/3969 (Erläuterungsband)
Vorlage 17/4014 (Einführungsbericht)
Vorlage 17/4171

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an die zuständigen Fachausschüsse am 07.10.2020)

Frank Sundermann (SPD) erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand bezüglich der Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr.

Wibke Brems (GRÜNE) kritisiert fehlende Transparenz im Haushaltsentwurf. Offenbar sollten die angekündigten 30 Millionen Euro in Kapitel 14 300 Titelgruppe 63 nicht zwangsläufig für die Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr, sondern auch für andere Projekte eingesetzt werden. Dies müsse im Haushalt deutlich gemacht werden.

Auf Fragen der Opposition zur Reduzierung der Titelgruppe 63 in Kapitel 14 300 habe die Landesregierung auf das NRW-Programm I verwiesen. Aus Sicht der Grünen beziehe sich das aber nur auf das Jahr 2020.

Zwar stünden laut Aussage des Wirtschaftsministeriums für Projekte im Rahmen von progres.nrw weitere rund 72 Millionen Euro aus dem NRW-Programm I zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie und zur Stärkung der Zukunftsfähigkeit des Landes zur Verfügung, unklar bleibe jedoch, wo genau diese Summen im Haushalt veranschlagt würden. Gleiches gelte im Bereich der Elektromobilität. Auf einzelne Nachfragen habe ihre Fraktion überhaupt keine Antwort erhalten. Das deute darauf hin, dass an der einen oder anderen Stelle nur hin- und hergeschoben werde.

Die Grünen setzten mit ihren Anträgen vor allem einen Schwerpunkt beim Klimaschutz und bei den Kommunen. So sei es notwendig, dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb Mittel für die energetische Sanierung zur Verfügung zu stellen. Das unterstütze auch die Konjunktur der Baubranche, die nach ersten Berichten bereits unter negativen Auswirkungen leide.

Für die drei Programme von progres.nrw „Markteinführung“, „emissionsarme Mobilität“ und „Innovation“ sei angesichts der Verschärfung der Klimakrise eine Erhöhung, mindestens aber eine Beibehaltung der Mittelbereitstellung sehr wichtig.

Unterstützung benötigten die Kommunen gerade bei den Eigenanteilen für Klimaschutzinvestitionen. Die Anträge der Grünen bezögen sich in erster Linie auf das Klimaschutz- und Klimaanpassungsmanagement.

Zwei weitere miteinander korrespondierende Anträge bezögen sich auf die als sehr kritisch gesehene geplanten Veränderungen bei der EnergieAgentur.NRW. Befürchtet werde ein Verlust von Know-how. Eine reine Umschichtung von Verpflichtungsermächtigungen werde den Anforderungen nicht gerecht. Der Minister müsse dafür sorgen, dass sämtliche Aufgaben der EnergieAgentur.NRW auch über 2021 hinaus wahrgenommen werden könnten.

Zudem sollten die Hambacher Wälder vom Land erworben und an die Umweltstiftung überführt werden.

Henning Rehbaum (CDU) unterstreicht die Bedeutung dieses besonderen Haushalts, der die richtigen Antworten auf die anstehenden Herausforderungen gebe. Es gehe um die Modernisierung der Wirtschaft, um Energie und Klimaschutz sowie um Digitalisierung. Zu erwähnen sei beispielsweise das Programm für den stationären und digitalen Einzelhandel, das um 15 Millionen Euro aus dem Sondervermögen aufgestockt werde, um den Einzelhandel für die Zeit nach der Pandemie zu ertüchtigen.

Zur Förderung des Klimaschutzes würden die Ausgaben im Kernhaushalt gegenüber der rot-grünen Regierungszeit versechsfacht. Rechne man das Konjunkturprogramm hinzu, belaufe sich die Summe für Energie und Klimaschutz auf 310 Millionen Euro. Für 2017 hätten die Grünen gemeinsam mit der SPD lediglich 29 Millionen Euro für Klimaschutz und Energiefragen zur Verfügung gestellt. Trotzdem legten sie nun Anträge zum Klimaschutz vor, die sich auf 768,5 Millionen Euro summierten, um darüber hinwegzutäuschen, dass bis zur Regierungsübernahme durch CDU und FDP zu wenig getan worden sei.

Durch den Haushalt würden ganz konkrete Anreize gesetzt, um in CO₂-Minimierung und andere Bereiche des Klimaschutzes zu investieren, damit auch Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger ihren Anteil leisten könnten.

Erstmalig überschreite der Haushalt die Summe von 2 Milliarden Euro. Für wirtschaftspolitische Aufgaben weise der Haushalt ein Plus von 12 % auf 620 Millionen Euro auf.

Im Rheinischen Revier stünden große Aufgaben bevor. So solle dort eine Modellregion für Energieversorgungs- und Ressourcensicherheit geschaffen werden. Dafür stehe die Co-Finanzierung der Bundesmittel. Durch das SofortprogrammPLUS stünden Gelder bereit, um erste Strukturwandelprojekte zu ermöglichen.

Die Rahmenbedingungen für den Mittelstand seien nochmals verbessert worden. Ab 2021 werde die Meistergründungsprämie auf eine reine Landesförderung umgestellt. Auch das Gründerstipendium werde verlängert.

Inzwischen habe das Land 12.500 Ladepunkte für die E-Mobilität gefördert. Dieser Ausbau solle fortgesetzt werden. Zur Förderung von PV-Anlagen stelle das Land 55 Millionen Euro bereit. Bis zum Regierungswechsel habe es auf Landesgebäuden

praktisch keine PV-Anlagen gegeben. Die jetzige Landesregierung habe dies angestoßen und erhöhe den Ansatz für diese Aufgabe erneut.

CDU und FDP dächten Klimaschutz und Wirtschaft zusammen. Der Haushalt verdeutliche, dass diese Leitlinie konsequent verfolgt und die Verantwortung für das Land wahrgenommen werde.

Ralph Bombis (FDP) hebt hervor, das Sondervermögen ermögliche es dem Land, nicht gegen die Krise ansparen zu müssen, sondern weiterhin wichtige Impulse zur Stabilisierung der Wirtschaft zu setzen und die inhaltliche Arbeit der Landesregierung in der Krise fortzuführen.

Neben der Versechsfachung der Mittel für den Klimaschutz gebe es verbesserte Rahmenbedingungen für den Mittelstand unter anderem durch die Weiterentwicklung der Clearingstelle Mittelstand. Bei der Stützung des Handels seien insbesondere die Digitalcoaches zu erwähnen, die der Handel hervorragend annehme.

Darüber hinaus würden zusätzliche Mittel für die Energiewende veranschlagt. Auch die institutionelle Förderung der Außenwirtschaftsgesellschaften sei zu nennen. Zudem werde der Strukturwandel im Rheinischen Revier mit hohem Druck vorangetrieben. Die Entfesselungspolitik der Landesregierung bilde eine wichtige Grundlage für die weitere positive Entwicklung im Land. E-Mobilität und Digitalisierung der Verwaltung bzw. die Digitalstrategie insgesamt seien weitere bedeutsame Punkte, die sich im Haushalt abbildeten.

Im Klimaschutz engagiere sich die Landesregierung mehr, als die Grünen dies während ihrer Regierungszeit jemals getan hätten. Dass die Grünen mittlerweile sogar weit darüber hinausgehende Forderungen erhöhen, sei nachvollziehbar, entspreche aber nicht den Realitäten. Die NRW-Koalition stehe dafür, Klimaschutz mit wirtschaftlicher Entwicklung zu vereinen.

Die vorliegenden Anträge der AfD seien altbekannt und sähen Einsparungen in verschiedenen Bereichen vor, die schlussendlich eine bemerkenswerte Rückwärtsgerichtetheit dokumentierten.

Der vorliegende Haushaltsentwurf sei gut und ausgewogen und biete die richtige Grundlage, um auch zukünftig die richtige Entwicklung für Nordrhein-Westfalen sicherzustellen.

Christian Loose (AfD) schickt voraus, die Eckdaten in NRW seien nicht erst seit den einschneidenden Corona-Maßnahmen schlecht. Bereits zuvor habe es im Land nur Stillstand gegeben. Spätestens seit Herbst 2018 seien der ifo-Geschäftsklimaindex, die Beurteilung der Geschäftslage und die Geschäftserwartungen im Sinkflug. Das sei nicht nur im ifo-Geschäftsklimaindex, sondern auch auf der Homepage des Wirtschaftsministeriums nachzulesen.

Wer immer wieder das Gleiche mache und glaube, irgendwann kämen andere Ergebnisse heraus, sei nicht lernfähig. So plane das Ministerium jährlich Gelder für Pumpspeicherkraftwerke ein, obwohl diese nie gebaut würden. Auf Rückfragen antworte das

Ministerium regelmäßig, Pumpspeicherkraftwerke seien aktuell noch nicht wirtschaftlich, die Gelder dienten der Planung, es frage aber kein Unternehmen danach.

Nun spreche das Ministerium von einem Pumpspeicherkraftwerk im Tagebausee, obwohl der See möglicherweise erst in 50 Jahren mit Wasser gefüllt sei. Solch ein Vorgehen täusche das Parlament und die Bürgerinnen und Bürger. Im Einzelplan 14 fehle es an Haushaltserlichkeit.

Daneben plane das Land neue Netzwerke, um diejenigen Personen, die ohnehin ständig zusammensäßen, zu gemeinsamen Clustersitzungen einzuladen. Das sei eine Verschwendung von Steuergeldern ohne erkennbaren Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger.

Klimaschutz funktioniere nur international. Nationale oder gar kommunale Projekte seien ineffizient und widersprächen den Prinzipien einer sozialen Marktwirtschaft. Die FDP wolle anderen Ländern zeigen, wie Klimaschutz funktioniere. Ergebnis seien die höchsten Strompreise in Europa und die Abwanderung von Industrie. Statt viel Geld für E-Mobilität auszugeben, solle der Automobilindustrie lieber direkt geholfen werden, indem man sich beispielsweise bei der EU für eine Änderung der nicht einhaltbaren Abgasnormen einsetze. Eine EU-7-Norm bedeute den Tod für die Automobilindustrie in NRW.

Trotz enormer staatlicher Zuschüsse lehnten beispielsweise die Verbraucher Kaliforniens wasserstoffbetriebene Autos ab, weil der Tankvorgang viel zu lange dauere.

Der vorliegende Haushaltsentwurf sei insgesamt enttäuschend.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE) bedauert, zu der von Herrn Sundermann gestellten Frage keine über die schriftlich zur Verfügung gestellten Informationen hinausgehenden Angaben machen zu können. Das Land sei jedoch bestrebt, schnell zu Entscheidungen zu kommen und diese finanziell zu unterlegen. Allerdings hänge die Finanzierung auch zum Beispiel von EFRE ab. Lügen seitens der Unternehmen gute Konzepte vor, leiste das Land seinen Beitrag, um Fortschritte bei der Fernwärme zu erzielen.

Eine Potenzialstudie zur besseren Nutzung von Industrierwärme liege vor. Hierin liege ein großes Handlungsfeld. Bei den Unternehmen bestehe Bereitschaft, sich hier zu engagieren. Sobald sich der Sachstand verändere, informiere die Landesregierung hierüber.

Das Ministerium habe deutlich gemacht, welche Mittel im Haushalt bereitstünden und welche ergänzenden Mittel das Konjunkturpaket vorsehe. Welche Mittel für Energie und Klimawende aufgewendet werden sollten, sei transparent. Im Vergleich zu den Vorjahren habe es – auch durch das Konjunkturpaket – einen Aufwuchs dieser Gelder auf über 200 Millionen Euro gegeben. Damit könnten wichtige Projekte angestoßen werden. Weitere Nachfragen dazu könnten gern schriftlich eingereicht werden. Dem gehe das Ministerium sehr gerne nach und beantworte die Punkte soweit wie möglich.

Ob sich alle vorgesehenen Maßnahmen als erfolgreich erwiesen, stelle sich erst in einigen Jahren heraus. Mercedes habe sich entschieden, seine Motorenproduktion

nach China zu verlegen und sich in Deutschland auf die neuen Antriebstechnologien zu fokussieren. Dies sei bemerkenswert. Eine niederländische Firma habe zusammen mit der Fraunhofer-Gesellschaft Patente angemeldet, die zu Elektrobatterien mit Reichweiten von 1.000 km oder 2.000 km und Ladezeiten von zehn Minuten für 80 % einer solchen Batterie führen könnten. Solche Entwicklungen seien vor wenigen Jahren noch nicht erwartet worden. Die Leistungsfähigkeit von Lithium-Ionen-Batterien sei in den letzten zehn Jahren dreimal deutlich gesteigert worden. Ließen sich die Leistungsfähigkeit von Lithium-Ionen-Batterien weiter erhöhen und das Gewicht weiter reduzieren, habe die Elektromobilität eine Fähigkeit, die herkömmliche Verbrennungsmotoren nicht hergäben.

NRW werde die Voraussetzungen schaffen, um auf diesem Gebiet weiter voranzukommen; die hiesige Industrie müsse sich darauf einstellen können. Die wichtigen Akteure täten dies bereits.

Zum Jahreswechsel 2019/2020 habe es eine Belebung der nordrhein-westfälischen Wirtschaft gegeben, die über der des Bundes gelegen habe. Auch durch die Krise sei Nordrhein-Westfalen bislang besser gekommen als der Bund. Die exportorientierte Wirtschaft habe sich im dritten Quartal wieder deutlich besser entwickelt als erwartet.

Alle in dieser Sitzung gestellten Änderungsanträge einschließlich ihrer Begründungen sowie das jeweilige Abstimmungsverhalten der Fraktionen sind Vorlage 17/4260 zu entnehmen.

Alle vorliegenden Änderungsanträge werden vom Ausschuss abgelehnt.

Im Anschluss an die Abstimmung über die Änderungsanträge nimmt der Ausschuss den Einzelplan 14 in seinem Zuständigkeitsbereich in unveränderter Fassung mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, GRÜNEN und AfD an.

